

Beschwerde-Flut per Mausklick

Schlagabtausch zum Sportplatzgeschäft in Schneidhain mit bekannten Positionen und neuen Spekulationen

Die Planungen für den Umzug und die anschließende Bebauung des Schneidhainer Sportplatzes treten in die nächste Phase ein. Das Parlament der Kurstadt hat mit den Stimmen von CDU, FDP, Grünen und dem Gros der SPD die zweite Offenlegung der beiden Bebauungspläne beschlossen – gegen die Stimmen von Stefan Kilb (SPD) und natürlich der ALK.

■ Von Stefan Jung

Königstein. Nein, sie werde nicht müde, ihre Argumente gegen die Bebauung des Schneidhainer Sportplatzes ein vorletztes Mal zu wiederholen – auch wenn es doch frustrierend sei. Das hatte Dr. Hedwig Schlachter (ALK) ihren Kollegen im Königsteiner Stadtparlament

am Donnerstagabend versichert, bevor sie zum neuerlichen Rundumschlag gegen das umstrittene Großprojekt im Stadtteil (wir berichteten) ansetzte.

Nie habe es in der Stadt mehr Einwände gegen ein Planungsverfahren gegeben wie in diesem Fall, sah sich die Fraktionschefin durch Volkes Stimme im Nein der ALK zum Umzug des Sportplatzes und zur Verlegung der angegliederten Spielanlage bestärkt. Hier, so Schlachter, hätten nicht etwa „rückwärtsgewandte Fortschrittsgegner“ ihre Bedenken angemeldet, sondern „junge Eltern ihre ernst zu nehmenden Kritikpunkte“ an der auch in ihren Augen viel zu engen Bebauung und dem Verlust der zentralen Spielfläche vorgebracht.

Seitens der zahlreichen Befürworter des Projekts im Stadtparla-

ment wollte zwar niemand die hohe Zahl der Einwände oder gar deren Rechtmäßigkeit anzweifeln. Spitzzüngige Hinweise darauf, dass Wortmeldungen aus dem ganzen Stadtgebiet und nicht nur aus Schneidhain eingegangen seien und das Gros der Einwendungen zudem den Einsatz von Textbausteinen habe erkennen lassen, klangen aber doch mehrfach durch. „Masse allein macht es nicht“, unterstrich CDU-Fraktionschef Alexander Hees, der mindestens so viele Befürworter wie Gegner des Projekts zu kennen glaubt. Die ALK habe hier zwar einmal mehr ihre „bewundernswerte wie legitime Mobilisierungsstärke“ unter Beweis gestellt, konstatierte FDP-Fraktionschef Michael-Klaus Otto. An der Überzeugung der Liberalen, dass die Planungen für die Zukunft Schneid-

hains wichtig und richtig seien, ändere das aber ebenso wenig wie die ständigen Zweifel, die die Aktionsgemeinschaft an der Realisierbarkeit des Projekts zu säen versuche.

„So schlecht, wie Sie es machen, ist es in Wirklichkeit nicht“, rief Otto den Vertretern der Aktionsgemeinschaft zu und griff in diesem Zusammenhang insbesondere die von der ALK wiederholt geäußerte Vermutung auf, dass es dem Investor „ten Brinke“ nicht gelingen werde, den versprochenen Betreiber für einen Supermarkt in Schneidhain zu präsentieren.

Zwar könne auch die FDP nicht garantieren, so der Sprecher der Liberalen, dass die Verbesserung der Nahversorgung wie erhofft funktionieren werde. „Aber wir streben es an“, unterstrich Otto. Und das sei auf jeden Fall vielversprechender

als die Alternative, die die ALK für sich gewählt habe. Denn die habe dieses Bemühen längst aufgegeben. Aus Sicht des FDP-Manns ein „kommunalpolitisch schwaches Bild“, das die Aktionsgemeinschaft abgebe.

ALK-Mann Berthold Malter sieht das – erwartungsgemäß – ganz anders und seine Fraktion sogar in einer Position der Stärke. Überzeugt davon, dass sich spätestens im Frühjahr 2013 die Suche nach einem Supermarktbetreiber endgültig zerschlagen haben werde, kündigte er schon mal für diesen Fall einen Bürgerentscheid im Stadtteil an.

Für Bürgermeister Leonhard Helm (CDU) sind die Spekulationen um das Ausbleiben eines Supermarktbetreibers, Stand jetzt, absolut unbegründet. Natürlich, so der Rathauschef, könne auch er

nicht wissen, was die Zukunft noch bringe. Der Investor jedoch habe ihm versichert, dass es Interessenten für den Betrieb des Marktes gebe.

Die allerdings in diesem Stadium der Planung bewusst noch nicht öffentlich aufzeigten. Zudem müsse „ten Brinke“ schon aus eigenem Interesse einen Betreiber für den Markt finden. Denn, so Helm: „Wir werden die für den Supermarkt vorgesehene Fläche nicht für Wohnbebauung freigeben. Dann bleibt es eben eine Brachfläche. Das würde nur dem Investor wehtun.“

Eine deutliche Position des Rathauschefs, an der ihn die ALK in Zukunft ganz sicher messen wird. „Herr Helm, ich glaube Ihnen das nicht“, ließ Berthold Malter bereits am Donnerstagabend wissen.